

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50
jährlich 3.00, frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 30 Pf.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geystraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Insertionsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Zeile für die erste Zeile
10 Pf., für die zweite
5 Pf., für die dritte
3 Pf., für die vierte
2 Pf., für die fünfte
1 Pf., für die sechste
1 Pf., für die siebente
1 Pf., für die achte
1 Pf., für die neunte
1 Pf., für die zehnte
1 Pf., für die elfte
1 Pf., für die zwölfte
1 Pf., für die dreizehnte
1 Pf., für die vierzehnte
1 Pf., für die fünfzehnte
1 Pf., für die sechzehnte
1 Pf., für die siebzehnte
1 Pf., für die achtzehnte
1 Pf., für die neunzehnte
1 Pf., für die zwanzigste
1 Pf., für die einundzwanzigste
1 Pf., für die zweiundzwanzigste
1 Pf., für die dreiundzwanzigste
1 Pf., für die vierundzwanzigste
1 Pf., für die fünfundzwanzigste
1 Pf., für die sechsundzwanzigste
1 Pf., für die siebenundzwanzigste
1 Pf., für die achtundzwanzigste
1 Pf., für die neunundzwanzigste
1 Pf., für die dreißigste

Nr. 53

Halle a. S., Freitag den 3. März 1899.

10. Jahrg.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 2. März 1899.

Im Reichstage wurde gestern recht vielerlei verhandelt. Zunächst gab es beim Etat der Röhre und Verbrauchssteuer einige längere Redereien. Von den Abg. Baasche und Rösche war in diesem Jahre der Antrag wiederholt worden, ein Einzugverbot für die Biersteuer zu erlassen. Dies gab den Anlaß zu den Redereien, die aber durchaus gemessen und sachlich verliefen. Ein Alexander Meyer, ein Braun Wiesbaden schloß, um den Neben einen feindschaftlichen Charakter zu verleihen. So erregte nur die Schwärze des Abg. Dr. Hermes für das Surrogatier, mit der er unter seinen Fraktionsgenossen ziemlich vereinzelt dastehet, aber einen gewissen in Herrn Camp hat, eine wenn auch vom Redner nicht beachtete Heiterkeit. — Es folgte die Beratung des nach Wochen zurückgestellten Teils des Etats des Reichsanwalts des Innern. Beim Kopitel „Reichsgesundheitsamt“ wurde die Frage der Reingewinnverrechnung scharf gestreift. Aus dem, was der Direktor des Reichsgesundheitsamts sagte oder vielmehr aus dem, was er nicht sagte, ging leider hervor, daß dieses doch nur der reinen Wissenschaft dienende Amt es nicht wagt, den Mündern und Dackern im Lande und ihren Ansichten über die Feuerbestattung entgegenzutreten. Die übrigen Dispositionen berührten zum größten Teil Fragen von Kunst und Wissenschaft. Für ein Wert, das die Bildwerke und Malereien der Sirinischen Kapelle in Neapolen auch denen zugänglich machen soll, welche die Schönschönheit des Originals zu bewundern nicht in der Lage sind, wurden 25.000 M. bewilligt. — Mit der Kunst hat ja auch die Anstaltigung des Reichstags zu tun, die Anlaß zu längeren Erörterungen gab. Man will dem Reichstagsabgeordneten Herrn Wallot die weitere Aufschwümmung nicht überlassen, angeblich weil er nicht in Berlin anwesend ist. Die Gründe liegen aber tiefer. Herr Wallot ist ein zu moderner Künstler und zieht zu modernen Künstlern heran. Herr Lieber hielt eine große Schimpfrede auf den bekannten Maler Franz Stud, dessen Dreiecksgemälde am Pfahndor vor dem Präsidentensitzimmer ein Joch und Spott auf jeden guten Geschmack sein soll. Nun, Herr Stud wird für einen der begabtesten Schüler Bödlicks gehalten und besonders auf dem Gebiete moderner Ornamentik und dekorativer Malerei ist er eine anerkannte Autorität; er wird den Joch des Herrn Lieber zu ertragen wissen. — Auch ein neues Präsidialgebäude wurde dem Reichstag bewilligt mit einer eigenen elektrischen Anlage für die Beleuchtung. Graf König spielte sich als den parlamentarischen Volkstribun auf und fand die Kosten dafür zu hoch. Schade, daß sein Sparjammer nicht von der Bewilligung hoher Herr- und Marineausgaben abhält. — Schließlich gab noch der Reichstagsminister für den Pariser Weltausstellung einen Bericht über den Stand der Ausstellungs-Angelegenheit. Neue, nicht schon in die Öffentlichkeit gedrungene Mitteilungen kamen darin nicht vor. — Heute wird die Debatte fortgesetzt und dann die Beratung des Militäretats begonnen. (Raummangel halber folgt ausführlicher Bericht morgen.)

Tagesgeschichte.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch der Eisenbahnetat in Angriff genommen. Die Beratung knüpfte an den ersten Teil der Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr an, die mit 345.310.000 Mark veranschlagt sind, das heißt mit 24 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Wie immer, so leitete der Eisenbahnminister Thielens auch diesmal die Verhandlungen mit einem längeren Vortrag über die allgemeine Lage der Eisenbahnverwaltung und die Aussichten für die Zukunft ein. Er beurteilte dieselbe sehr günstig, noch sei kein Anzeichen der Ebbe vorhanden. Da bei uns keine Ministerrede möglich ist, in der nicht auch der Sozialdemokratie gedacht würde, so that dies auch Herr Thielens und zwar indirekt. Er rühmte sein tüchtiges und pflichttreues Beamtenkorps und wendete nur gegen die Einflüsse von außen, die die Pflichttreue der Beamten untergraben und sie gegen ihre Vorgesetzten aufbegehren wollten. Er werde aber alles thun, um diese Einflüsse abzuwehren und zum Beweise für die loyale Einstellung der Eisenbahner berief sich Herr Thielens auf die Kaiserregierungszeit der Beamten der Eisenbahnverwaltung, die in diesem Jahre in Berlin im Kronlichen Cabinet abgehalten worden ist. Dagegen konnte er nicht mittelnen, daß er entschlossen sei, den Eisenbahner das volle Wahlrecht zu gewähren. Im übrigen ersah Herr Thielens in der Debatte viel Lob. Man ist im preussischen Abgeordnetenhaus sehr mit ihm zufrieden. Dagegen machten sich Anzeichen einer Revolt gegen den allmächtigen Miquel bemerkbar. Die national-liberalen Großindustriellen haben, daß zu wenig für den Verkehr geschieht, weil Herr Miquel die Ueberwälzung der Eisenbahn für die allgemeine Staatslast in Anspruch nimmt, und sie badchten den Wunsch zum Ausdruck, daß die Einflüsse des

Finanzministeriums auf die Eisenbahnverwaltung etwas eingebremst werden. Die übrigen Redner trugen die üblichen Wünsche auf Ermäßigung der Gütertarife vor. Von einer Bewilligung der Personentarife ist nicht die Rede, nur von einer Vereinfachung. Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt.

Der Rathhandel ist fertig. Die freilassende Zeitung meldet: Ueber die Militärvorlage ist das Kompromiß zwischen der Zentrumspartei und der Regierung nunmehr abgeschlossen. Danach stimmt die Zentrumspartei in Abänderung der Beschlässe der Budgetkommission aus der ersten Beratung der Formation nunmehr für die damals abgelehnten 10 neuen Estabons Jäger zu Pferde. Außerdem hat sich die Zentrumspartei dazu verstanden, eine höhere Präsenzstärke auch abzugeben von diesen neuen Formationen zu bewilligen, den Vorbehalt bei der ersten Beratung der Budgetkommission also erheblich herabzurufen. Ein höherer Durchschnittssatz als 584 Mann pro Infanteriebataillon, wie er bei der ersten Beratung beschlossen war, soll der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke zu Grunde gelegt werden.

Zum Lohn hierfür wird nach einer Mitteilung der königlichen Volkszeitung der Bundesrat für die Aufhebung des § 2 des Feuertarifs stimmen und die Verordnung, welche die Logaristen und den Orden vom heiligen Herrn Jesu ausschließt, aufheben. Bei der Bejahung des durch das Ausschreiben des Herrn v. Bismarck im Kultusministerium frei werdenden Ueberschusses der Posten soll zudem ein Rathskoll berücksichtigt werden. Deutscher Steuerzahler freue dich!

Mit einem Fiasko des Kultusministers Boffe dürfte der Festlegung die nicht patriotischen Mitglieder der fädelichen Schuldeputationen enden. Aus Anlaß der Wahl des Genossen Singer in die Berliner Schuldeputation hatte sich der Magistrat von Berlin im Auftrag der preussischen Regierung ein Verfassungsgesetz verhandelt und natürlich den Genossen Singer nicht bestätigt. Die Berliner Stadtvorordnetenversammlung überwiegt die Gelegenheit einem Auspruch zur Prüfung. Aus dem noch nicht gedruckt vorliegenden, von dem Stadtvorordneten Dr. Preuß erstatteten Bericht teilt die Frankf. Zeitung einiges mit, indem sie schreibt:

Das Ergebnis der allmählichen Untersuchung ist frappant. Man hatte darüber geschrieben, ob der Magistrat Berlin das Verfassungsgesetz kraft eigenen Rechts oder kraft Regierungsauftrags ausübe. Aus den Akten aber geht unzweifelhaft hervor, daß das Verfassungsgesetz in Berlin nicht existiert. Zweimal hat in früheren Zeiten das preussische Kultusministerium ein solches Recht behauptet; beide Male ist es vom Magistrat aufs energischste zurückgewiesen worden. Im Jahre 1864 erließ der Kultusminister der Reichsregierung, Kaiser, eine Verfügung an alle künftigen Regierungen mit der Befehdung, das Verfassungsgesetz in Anwendung zu bringen. Unter Berufung auf die Städteordnung legte sich der Berliner Magistrat zur Wehr und erinnerte den Minister an die gesetzliche Grenzen seiner Macht. Er rief gegen die Uebergriffe des Kultusministers den Rath der Ministerpräsidenten an, ließ seinen Standpunkt durch ein Reichsgesetz des künftigen Reichstages verfesten und hielt stand, bis das Ministerium durch die neue Aera hinweggefegt wurde. Einen zweiten Versuch machte der Kultusminister der Reichsregierung v. Müller im Jahre 1865. Darnach verordnete die Städteordnung dritter-Berennung, dass das künftige Verfassungsgesetz. Eine von ihm beantragte sehr energische Resolution wurde am 8. Dezember 1865 einstimmig angenommen, und der Kultusminister begnügte sich damit, sich die englische Entschuldigungs-urtheil vorzubehalten, aber zu gestatten, daß bis dahin vorläufig alles beim Alten bliebe. Wenn heute die Regierung sich nur das vornehmliche Verfassungsgesetz auf eine alte Instruktion von 1811 beruft, so ist dies unaufrichtig. Diese Instruktion spricht nur darum von einem Verfassungsgesetz, weil die damalige Städteordnung für alle Verwaltungsdeputationen ein Verfassungsgesetz vorsah, während dies mit Inkrafttreten der heutigen Städteordnung allgemein ausgeschlossen ist. Für Berlin ist es sich trotzdem glücklich, daß jene alte Instruktion durch ein Publikandum von 1829 ausdrücklich aufgehoben ist.

Danach wird es Herr Boffe nicht hindern können, daß sozialdemokratische Stadtvorordnete Mitglieder von Schuldeputationen werden. Ob Herr Boffe nicht doch noch auf einen Ausweg verfallt, um den dadurch drohenden Zusammenbruch des Staates zu verhindern?

Gegen Herrn v. Miquel bringt die königliche Zeitung einen heftigen Artikel. Gleichzeitige wählen die konservativen und antisemitischen Blätter wieder gegen das unwürdige Amt. Ist etwa eine neue Auflage des Lauscher-Reders- und Löwenprozesses in Aussicht?

Zwiftigkeiten bestehen schon wieder einmal im preussischen Ministerium. Die Nichtbefähigung des Berliner Oberbürgermeisters soll den Anlaß geben haben. Die offizielle Berliner Korrespondenz demarshiert dies zwar, ein Dementi eines offiziellen Blattes hat sich bis jetzt aber stets als Bestätigung erwiesen.

Drischt und drischt und drischt. Die antisemitische Geystraße des Amisvorsitzenden in Reich-Tüchtern, Grafen Püd-

ler, hatte die Staatsbürgerzeitung zu Neffanewenden als besondere Beilage ihres Blattes herausgegeben. In dieser Geystraße heißt es bekanntlich: „Schon schwanden die Throne der Kaiser und Könige bröckelten und die Zeit ist nicht mehr fern, wo der jüdische Usurpator proklamiert werden wird und Cohn I. den Thron von Europa bestiegt.“ Der Graf Püdler fordert weiter auf, unter dem Ruf „Nieder mit Israel! Der Tag der Abrechnung ist gekommen.“ Der Deutsche ist gutmüthig und geduldig, freundlich und langmüthig lange Zeit; aber wenn sein Joch einmal erwacht, dann ist er furchtbar und nicht mehr zu bändigen, dann erhebt er die gewaltige Rechte zum Schlag und drischt und drischt und drischt, so lange, bis es nicht mehr zum Beruhigen giebt.“

Auf Beschluß der Strafkammer 5 des Berliner Landgerichts I ist die Nummer der Staats. Bz. vom 2. Febr., sowie die Sonderbeilage der Staats. Bz., welche den notwendigen Ausdruck dieser Püdelischen Rede enthält, am Dienstag in den Nummern der Staats. Bz. beschlagnahmt worden aus dem Buch des § 130 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten öffentlich anreizt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.“ Die Staats. Bz. erklärt: „Wir hätten das nicht für möglich gehalten“ und spricht die Befristung aus, daß durch die Konstitution der Schein hervorgerufen würde, als ob die deutschen Gesichte dem Zuhörer zu Willen wären.

Die Beschlagnahme ist zu bebauern. Das Publikum erfährt dadurch zu wenig, was eigentlich zu Gewaltthätigkeiten aufreizt.

119/ Monate Gefängnis, also rund zehn Jahre Gefängnis und 6 Monate Festung sind im Monat Februar wegen Rauberbeleidigung verhängt worden. Ingesamt waren im Februar vor deutschen Gerichten 37 Rauberbeleidiger angeklagt, davon wurden nur 8 freigesprochen. Im Januar und Februar sind insgesamt 85 Staatsbürger wegen Rauberbeleidigung verurteilt worden und zwar zu rund 27 Jahren Gefängnis.

Zu ihren sonstigen Schandthaten hat die Post, der unter der Leitung des Königs Stumm stehende Schleichbrief, auch noch eine Denunziation hinzugefügt. Wie das Blatt in seiner letzten Nummer mitteilt, hat der Herausgeber beim Staatsanwalt ein Strafverfahren gegen die Redaktion des Vorwärts wegen Falschheit beantragt, weil die im Vorwärts veröffentlichten Briefe nur noch einem in der Redaktion der Post verblieben Einbruchstiefel in ihren Besitz gelangt sein könnten. Der Stumm-Moniteur wird freilich mit seiner Denunziation kein Glück haben, es müßte denn sein, einige Richter lassen sich ein neues Kunststückchen juristischer Auslegungskunst.

Wie der Vorwärts mitteilt, ist am Mittwoch nachmittag in der Redaktion des Vorwärts, in des Privatwohnungen der Redakteure und einer größeren Anzahl Personen, die zum Vorwärts Verbindungen unterhalten, Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Gefunden wurde nichts. Die Berliner Neuesten Nachrichten teilen mit, daß das Bild eines Redakteurs der Post erbrochen worden ist und daraus die Briefe des Herrn Stumm geflossen haben. Durch gleichzeitige Entnahme einiger Zigarren habe der Dieb die Sache zu verdecken gesucht. Der Vorwärts bemerkt hierzu:

„Als wir den Herrn Vorwärts wegen dieser Schandthaten zur Rede stellten, versicherte er frech, die Zigarren hätten ihm noch besser geschmeckt als die Briefe. Berechtigter aber verurtheilt wie wir ihm herauszufinden, ob er das und die anderen Briefe veröffentlicht werde, die nach den Neuesten Nachrichten geflossen sein sollen.“

Wenn Stumm der Post zufolge den Herrn Vorwärts wegen Falschheit denunziert hat — so ist das rechtlich. Wir verstehen es aber nicht, wie die Staatsanwaltschaft aus dieser Verurteilung eines Aktakts des Vorwärts, bezieht, gegen bestehende Personen in der ungläubig prompten Briefe vorzugehen, wie es geschieht ist. Hat der Denunziant angeheben, wo man der erwähnten Verurteilung beizuhelfen hat? Hat er bezeichnet, wie viele Briefe angeblich geflossen worden sind? Der Herr v. Stumm's Richter ist augenblicklich mit Verhörs-Berichtungen erfüllt, weil er in Saarbrücken befohlen worden ist. Mit geflohenen Briefen aber wissenschaftlich zu treiben, das ist eine Eigenliebe nicht realer Partei, vor der die Sozialdemokratie sich sorgsam gehütet hat.

Herr von Stumm mag sich ärgern — das verstehen wir. Wenn er im Bürger den Vorstand eines Einbruchstiefelstahls bemut, um seine Gegner zu demüthigen — so begreifen wir auch das schließlich. Aber find unsere Bedenken wirklich dazu da die Gefühle des Freiherren von Stumm zu schütten? Die Wohlgeschickte von dem Einbruchstiefelstahl ist genau so wahr, wie etwa die Behauptung, daß die Post unerschütterlich von Herrn von Stumm ist, genau so wahr, wie die Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Abtaster Geystraße gebildet habe, genau so wahr, wie die Organ eines toll gewordenen Kapitalismus so sein könnte.“

kleine politische Nachrichten. Von der Strafkammer in Bosen wurde die Verurteilung des Blattes 'Gottes Weltpost'...

unser Mittel verweigerte diesen Antrag und es kam darauf zwischen beiden zu Differenzen. Ritter ging schließlich davon...

Parteinachrichten. Zu Rebatteure der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterleitung in Dortmund wählte die Bezirkskommission des Blattes...

Gewerkschaftliches. Schwärze Ritten. Unter dieses beliebte Kampfmittel der Unternehmungs-Organ ist zu entnehmen...

Die Schneider der Firma Wolff in Halberstadt haben die Arbeit niedergelegt. Bei allen anderen Firmen, mit Ausnahme der Firma Wölke...

Zum Klassenkampf der Weber in Breslau. Die Ausführenden nahmen eine gewisse Abstimmung vor, ob auf Grund der von den Fabrikanten aufgestellten Vorschläge...

Schweiz. In den Streit eingetreten sind die Arbeiter der Glanzfabrik in Wilen (Kanton St. Gallen), weil ihr Verhalten...

Belgien. Die Steinarbeiter von Cassinien erklärten den Verteilungsvorschlag des Gouverneurs des Demergau für unannehmbar...

Lokales und Provinzielles. Halle a. S., 2. März 1899. Der Streit der Formei bei der Firma Dicks und Wernburg ist infolge Vermittlung des Vorsitzenden...

Die Erschlagung, genannt elektrische Bahn Halle-Beipitz, wird wieder einmal ihren Lauf nehmen. Das Magistratsblatt teilt mit, daß dem hiesigen Magistrat...

Der neueste Sozialistenstreik, Herr Zimmermann, der kürzlich über die angebliche Stollenjägeri innerhalb der Sozialdemokratie sein Sprüchlein herjagte...

nicht zu denken wäre, und ein unerschütterliches Ja sagen nach Keimern und Stellen. So beschimpft der sehr freche Herr Zimmermann...

Die Zentralisierung der hiesigen Gewerkschaften, mit welcher in anderen Städten sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind...

Das Viehwegung betroffen wurden die als Vogelkänger bezeichneten Arbeiter Hermann Böbel und Formez. Beide sind...

Das neue Bureau des Thalia-Theaters. Die größte Freude der Angehörigen der Thalia-Theater...

Die Thalia-Theater. Die größte Freude der Angehörigen der Thalia-Theater...

Die Thalia-Theater. Die größte Freude der Angehörigen der Thalia-Theater...

Die Thalia-Theater. Die größte Freude der Angehörigen der Thalia-Theater...

Frankreich. Die Revisionsvorlage wurde am Mittwoch im Senat mit 158 gegen 116 Stimmen angenommen.

Die Revisionsvorlage wurde am Mittwoch im Senat mit 158 gegen 116 Stimmen angenommen. Diese verhältnismäßig große Majorität ist...

Zu den Staatsrechtplänen wird vom Mittwoch an Paris gemeldet: Der Chef des politischen Bureau des Herzogs von Orleans...

Hauskündungen haben am Mittwoch früh in Paris auch bei den Präsidenten, Sekretären, Schatzmeistern und Mitgliedern der Liga zur Wahrung der Menschheit...

Defreix. Mit der Bildung des ungarischen Kabinetts ist der Cole von Szell betraut worden. Bei der Vorstellung im Parlament am Mittwoch wurde das neue Kabinett...

Italien. Der Papst ist erkrankt. Es mußte eine schwierige Darmoperation vorgenommen werden. Die letzten Nachrichten melden eine kleine Besserung...

Spanien. Das Kabinett Sagasta hat sein Entlassungsgehalt eingeleitet.

Amerika. Von den Philippinen meldet ein Telegramm des Generals Ditts vom Dienstag, ein Bataillon der California-Volunteers gehe Mittwoch nach Negros ab...

Polizeiliches und Gerichtliches. Eine Freisprechung in Magdeburg! Gewisse Fälle aus Fernleben wurde am Mittwoch von der Strafkammer in Magdeburg...

Unterem Nachtragsnachricht. In einem Reuben in Trachen bei Dresden wurde im November der Grund geöfnet. Die beim Nachgraben beschafften Arbeiter verlangten eines Tages höheren Lohn...

Unterem Nachtragsnachricht. In einem Reuben in Trachen bei Dresden wurde im November der Grund geöfnet. Die beim Nachgraben beschafften Arbeiter verlangten eines Tages höheren Lohn...

Vertical text on the right edge of the page, likely bleed-through from the reverse side.

